

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 16 (1936-1937)  
**Heft:** 3

**Artikel:** Re-Industrialisierung der Schweiz  
**Autor:** Walter, Emil J.  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-332757>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 24.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

aufgeben und sich im Kampf gegen die Preissteigerung mit Vollmachten begnügen, deren Wirksamkeit erst die Zukunft zeigen kann.

Um so bedeutsamer ist daher die Entschließung der Gewerkschaftsausschußsitzung, die vor einigen Tagen in Paris stattfand. Die Gewerkschaften haben sich hier ausdrücklich die Forderung nach Verbindung der Löhne und Gehälter mit den Lebenshaltungskosten zu eigen gemacht. Gewerkschaftsführer erklären, daß es einer staatlichen Regelung dieser Frage darum nicht bedürfe, weil die organisierte Arbeiterschaft stark genug sei, ihre Forderung durchzusetzen. Die gleichfalls geforderte obligatorische staatliche Schlichtung soll verhindern, daß die sozialen Konflikte zur allgemeinen Beunruhigung führen. Sollten die Unternehmer den berechtigten Forderungen der Arbeiter auch in der Frage der Verbindung von Lohn und Index weiterhin Widerstand entgegensetzen, so werden es vielleicht gerade die Folgen der Devaluation sein, die jene andern Forderungen des allzusehr in Vergessenheit geratenen Gewerkschaftsplanes wieder in den Vordergrund rücken: der Kampf gegen die Trusts, die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien.

---

## Re-Industrialisierung der Schweiz

Von Emil J. Walter.

### I.

Nach dem »Blitzstrahl« vom 26. September sind wir in der glücklichen Lage, eine ganze Reihe von Arbeiten in der »Roten Revue« erwähnen zu können, welche die Beurteilung der gegenwärtigen Lage und der uns gestellten Aufgaben erleichtern. Wir dürfen deshalb auf weitergehende Vorbemerkungen Verzicht leisten, indem wir auf die nachstehenden Artikel verweisen: Juli 1933: »Der Mittelstand in Bewegung«, März 1934: »Zur Problematik unserer Taktik«, Mai 1934: »Die schweizerische Demokratie im Engpaß«, Juni 1934: »Möglichkeiten schweizerischer Wirtschaftspolitik«, August 1934: »Zur Kritik des Plans der Arbeit«, Mai 1935: »Hilfe für die Exportindustrie«, September 1935: »Reorganisation der Arbeiterbewegung«. In einem leider nicht zur Veröffentlichung gelangten Artikel wurde zu Beginn dieses Jahres versucht, die politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen zu umreißen, die nach der Durchführung der unvermeidlich gewordenen Abwertung zu ergreifen wären. Da die vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund, der Bauernheimatbewegung, dem schweizerischen Angestelltenkartell und dem Verband der evangelischen Arbeiter und Angestellten beschlossenen »Richtlinien für den wirtschaftlichen Aufbau und die Sicherung der Demokratie« die momentan im Interesse des arbeitenden Volkes zu ergreifenden Maßnahmen zielklar umreißen, ist eine spezielle Diskussion an dieser Stelle überflüssig.

Die Führung der schweizerischen Arbeiterbewegung ist unbestrittenermaßen auf den Gewerkschaftsbund übergegangen, der den

Massen bewiesen hat, daß er weiß, was er will, daß seine führenden Männer die überraschenden Ereignisse kommen sahen und sich zeitig in ihrer wirtschaftspolitischen Arbeit darauf eingestellt haben. Noch sind die Dinge im Fluß. Bald aber werden grundsätzliche Entscheidungen fallen, deren historische Tragweite für das Schicksal der schweizerischen Arbeiterbewegung weitgehend von der Taktik der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen abhängen dürfte.

## II.

Nur ein einziges Problem muß viel stärker als bisher herausgegriffen und allseitig beleuchtet werden, soll die Gefahr einer Faschisierung der Schweiz auf die Dauer gebannt werden. In unserem Artikel »Hilfe für die Exportindustrie« haben wir auf die erschreckende Tatsache hingewiesen, daß der Ausfuhrwert der schweizerischen Exportindustrie pro Kopf der schweizerischen Bevölkerung im Jahre 1934 — sogar bei Nichtberücksichtigung des inzwischen gesunkenen Geldwertes — unter die Kopfquote des Jahres 1886 gesunken ist. *Soll nicht nur vorübergehend, sondern dauernd Arbeitsgelegenheit für die schweizerischen Arbeitslosen unter gleichzeitiger Aufrechterhaltung der bisherigen relativ hohen schweizerischen Lebenshaltung geschaffen werden, so ist dies nur möglich durch Einführung neuer Industrien.*

Gewisse Zweige der Exportindustrie sind vernichtet. Vor allem die Textilindustrie wird sich nie mehr in allen ihren Zweigen wirtschaftlich so erholen können, daß sie ihr früheres Exportvolumen erreicht. Die Gründe für diese Tatsache sind vor allem technischer, weniger wirtschaftspolitischer Natur. Es wäre volkswirtschaftlich sinnlos, Industrien staatlich stützen zu wollen, welche heute trotz Exportsubventionen zum Teil Stundenlöhne von bloß 20 Rappen ausrichten können. Solche Zweige der Exportwirtschaft müssen entschlossen fallen gelassen werden. Die Mittel müssen bereitgestellt werden zu zielbewußter Arbeitsbeschaffung durch *technische Forschung*. Da genügen nicht einige knappe Hunderttausende, da müssen Millionenbeträge eingesetzt werden. Nur auf diesem Wege kann die Schweiz, kann die schweizerische Industrie wieder jene Geltung zurückerobern, die ihr früher auf dem Weltmarkte zukam. Die schweizerische Industrie kann nur als höchstwertige Qualitätsindustrie existieren. Sie muß sich spezialisieren und den verschärften Konkurrenzbedingungen anpassen. Dies wird nicht ohne gewisse materielle und auch ideelle Opfer möglich sein.

Die liberale Konkurrenzideologie ist im Stadium der Umwandlung des internationalen Kapitalismus zum staatlich organisierten Trust- und Monopolkapitalismus überholt. Die wissenschaftliche Forschung kann neue Erfindungen nur noch in kollektiver Zusammenarbeit meistern. Deshalb müssen neue Industrien durch Förderung der technischen Forschung unterstützt werden (siehe auch Juni-Heft der »Roten Revue«: »Arbeitsbeschaffung durch technische Forschung«). Das muß hier mit aller Klarheit gesagt werden: *Andere Möglichkeiten gibt es nicht.* Der schweizerische Industrieapparat ist — in Vergleich gesetzt mit den Industrien und Konzernen anderer Länder — nicht im ein-

zelen, wohl aber im ganzen gesehen, ins Hintertreffen geraten. Die besten Kräfte des Landes wandern ins Ausland, weil für den Ausbau der wissenschaftlichen Institute keine genügenden Mittel zur Verfügung stehen.

Voraussetzung dieser *Wendung* der schweizerischen Wirtschaftspolitik ist aber, daß die finanzkapitalistischen Interessen mit aller Schärfe bekämpft werden. *Die Schweiz muß aus einem Banken- wieder ein Industrieland werden.* Die Abwertung bedeutete nur einen ersten Schritt auf diesem Wege. Sie hat die internationale Stellung unserer Großbanken als finanzkapitalistische Zentren stark erschüttert. Die Goldpolitik des Bundesrates weckt aber den Verdacht, als ob auch heute noch nicht die produktiven Unternehmerinteressen, sondern vor allem die Interessen des finanzkapitalistischen Anlagekapitals geschützt und gefördert werden sollen. Das Bankwesen der Schweiz muß auf sein natürliches Maß abgebaut werden. Die Kapitalausfuhr ist zu unterbinden. Kapitalien der Sparer müssen zu *produktiver Anlage im Inland* bereitgestellt werden.

*Die Schweiz muß neu industrialisiert werden.* Gelingt dies nicht, dann bricht mit der hohen schweizerischen Lebenshaltung auch die schweizerische Demokratie zusammen, denn im Kampfe um einen sich immer mehr verkleinernden »Kuchen« wird nicht die Arbeiterschaft, sondern werden die faschisierten besitzenden Kreise siegen.

---

## Sicherung der Demokratie

Von Friedrich Heeb.

Der *Schweizerische Gewerkschaftskongreß*, der am 9. und 10. Oktober in Bern tagte, stimmte bei Anwesenheit von gegen 300 stimmberechtigten Delegierten mit allen gegen nur 2 Stimmen den von Genosse Dr. Max Weber in seinem Referat eingehend begründeten »*Richtlinien für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Sicherung der Demokratie*« zu. Ein Arbeitsausschuß, bestehend aus Vertretern des Gewerkschaftsbundes, der Bauernheimatbewegung (Jungbauern), der Angestelltenverbände und des Verbandes evangelischer Arbeiter und Angestellter hat diese Richtlinien ausgearbeitet. Zur Mitarbeit an der Aktion auf der Basis dieser Richtlinien sind alle wirtschaftlichen und politischen Organisationen sowie Einzelpersonen eingeladen. Sie müssen sich aber zuvor auf folgende *Grundsätze* verpflichten:

1. Vorbehaltlose Anerkennung der Demokratie; Ablehnung jeder Bindung oder Zusammenarbeit mit irgendeiner antidemokratischen Organisation oder Bewegung.
2. Positive Einstellung zur militärischen, wirtschaftlichen und geistigen Landesverteidigung.
3. Achtung der religiösen Ueberzeugung der Volksgenossen als Voraussetzung des religiösen Friedens in der Heimat.
4. Verpflichtung auf ein gemeinsames Programm für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und für die Lösung der sozialen Probleme, das die Forderung